

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Mehr Geld für die Geburtshilfe

Rathaus-SPD fordert abgestimmtes Konzept zur Verbesserung der kommunalen Hebammenversorgung

Ende 2017 hat die bayerische Staatsregierung beschlossen, die Geburtshilfe in Bayern mit einem 30-Millionenprogramm dauerhaft zu stärken. Landkreise und kreisfreie Städte wie Nürnberg sollen pro neugeborenem Kind bis zu 40 Euro für Maßnahmen zur Verbesserung und Stärkung der Hebammenhilfe erhalten. Die Mittel sollen bereits für das Jahr 2018 bereitgestellt werden.

Da die inhaltliche Ausgestaltung bei den Kommunen liegt, fordert die gesundheitspolitische Sprecherin der Rathaus-SPD, Anita Wojciechowski nun ein abgestimmtes Konzept zur Verbesserung der kommunalen Hebammenversorgung. „Auch in Nürnberg klagen Schwangere, junge Mütter, Hebammen und andere Fachkräfte immer mehr darüber, dass die Nachfrage nach Hebammenleistungen nicht abgearbeitet werden kann, und dass Frauen, die eine ambulante Betreuung wünschen, diese aus Kapazitätsgründen nicht erhalten“, so Wojciechowski.

Die sozialpolitische Sprecherin der Rathaus-SPD, Sonja Bauer, weist darauf hin, dass besonders schwangere Frauen, die erst kurz in Nürnberg und Umgebung leben oder sich wenig auskennen sowie Frauen aus psychosozial belastenden Kontexten betroffen sind. „Aus Sicht der SPD-Fraktion braucht es die Vernetzung zwischen Gesundheits- und Jugendhilfeverwaltung sowie den niedergelassenen Hebammen, um den Zugang zu diesen schwangeren Frauen auch zu gewährleisten“, meint Bauer. „In Nürnberg gehen wir zur Zeit von ca. 5.500 Geburten im Jahr aus. Mit dem neuen bayernweiten Förderprogramm stehen damit 220.000 Euro mehr als bisher für die Verbesserung der kommunalen Hebammenversorgung zur Verfügung“, freut sich Wojciechowski. „Auch wenn Fragen der Bezahlung, der Personalgewinnung und -bindung damit natürlich nicht gelöst werden, hoffen wir, damit auch in Nürnberg einen kleinen Schritt zur Verbesserung der Situation in der Geburtshilfe machen zu können. Uns ist es wichtig, dass insbesondere auch die Hebammen bei der Erarbeitung des Programms einbezogen werden, da sie aus der Praxis beurteilen können, wo das Geld am sinnvollsten eingesetzt werden kann“, so Wojciechowski abschließend.

Nürnberg, 5. April 2018